

nung, ohne jedoch von dieser grundsätzlich abzugehen. Man entschloß sich dazu, nur noch eine ausgewählte Anzahl quantitativer und qualitativer Planauflagen an die Betriebe verbindlich vorzugeben. Diese Planauflagen erstreckten sich vor allem auf (die) Produktion und (die) Investitionen in den Wachstumsbranchen Petrochemie, Elektronik, Elektrotechnik, Datenverarbeitung usw. Man versuchte, die Tätigkeit der Betriebe mittels „indirekt“ wirkender Instrumente, den sogenannten „ökonomischen Hebeln“, in eine von der politischen Führung gewünschte Richtung zu lenken. Hierzu gehörten die „Hebel der wirtschaftlichen Rechnungsführung“ – das waren staatlich festgesetzte Preise, Steuersätze, Abschreibung, der Gewinn, Normative für die Gewinnverwendung usw. – und die „Hebel der persönlichen materiellen Interessiertheit“ in Form von Leistungsprämien und dergleichen.

Dem Betriebsgewinn als Maßstab der Betriebsleistung und die Bindung des Prämiensystems und sonstiger betriebseigener Fonds an dessen Erfüllung fiel im NÖS eine wichtige Rolle zu. Diese Zentralfunktion konnte der Betriebsgewinn, trotz zweier in den Jahren 1964 und 1967 durchgeführten Preisreformen, aber bei im Kern nicht geänderten Methoden zentraler materieller und finanzieller Planung sowie administrativer Preisplanung nicht erfüllen. Dies wird daran deutlich, daß infolge des erweiterten Handlungsspielraums der Betriebe die von diesen getroffenen Entscheidungen besonders in strukturpolitischer Hinsicht nicht mit den von der Partei- und Staatsführung gesetzten Zielen übereinstimmten. Die daraus erwachsenen Disproportionalitäten führten letztendlich zum Abbruch dieses Experiments. Die Rezentralisierung, die mit der Übernahme von Partei und Staatsführung durch Erich Honecker 1971 einsetzte, führte zu einer Rezentralisierung der Anwendung der altbekannten Methoden im Kern.

Ein letzter Reformversuch war die Kombinarsreform. Wenn Sie erlauben, Herr Vorsitzender, noch drei Minuten dazu.

Die sogenannte Kombinarsreform zielte primär darauf ab, die mit dem bis dato nicht überwundenen Typus extensiven Wirtschaftswachstums verbundenen Ineffizienzen aller Art, schwergewichtig im industriellen Sektor, zu überwinden. Methodisch sollte damit der Wachstumstypus der intensiv erweiterten Reproduktion durch Bildung der Großwirtschaftseinheiten „Kombinate“ in der Industrie, dem Bauwesen und der Verkehrswirtschaft sowie durch Übertragung von Planungs- und Leitungskompetenzen auf diese durchgesetzt werden. Wiederum sollte aber damit das Kernstück einer Zentralverwaltungswirtschaft, die zentrale staatliche Planung und Leitung, nicht außer Kraft gesetzt, sondern deren Effizienz verbessert werden.

Von der Kombinarsreform wurde eine Beschleunigung der innerzweiglichen Koordinations- und Bilanzierungsprozesse, der Einigungs- und Beschlußfassungsverfahren sowie von Chancen zur Initiierung innerkombinatlicher Neuerungsprozesse erwartet.

Auch durch die Kombinarsreform konnten die oben geschilderten systemtypischen Dysfunktionalitäten nicht durchbrochen werden. Durch die mit der Kombinarsreform den Kombinat übertragenen erweiterten Planungs- und Bilanzierungskompetenzen wurden im Gegensatz zu den erhofften Effekten die Tendenzen zu kombinarsautarkem Verhalten noch verstärkt. Die Folge davon war, daß z. B. die sogenannte Fertigungstiefe, ein anderer Begriff für Unterspezialisierung, eher noch zunahm, die exzessive Nachfrage nach Produktionsfaktoren einschl. Investitionsmitteln und Arbeitskräften sich nicht zurückbildete. Technischer Fortschritt konnte unter den weiterhin obwaltenden grundsätzlichen Ordnungsbedingungen der Zentralverwaltungswirtschaft, wenn überhaupt, nur in bescheidenem Maße durchgesetzt werden. Die erhofften gesamtwirtschaftlich positiven Effekte, ablesbar an Material- und Energieeinsparungen sowie einer wesentlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität, ließen sich durch diesen Reformversuch ebenfalls nicht realisieren. Letztlich ist auch die Kombinarsreform an den inneren Widersprüchen des Systems der Zentralverwaltungswirtschaft gescheitert.

Welche Folgerungen wären für die Politik, ich meine innerhalb der DDR, daraus zu ziehen gewesen? Man hätte das System in einer Weise systemüberwindender Formen ändern müssen, was aber letztendlich bedeutet hätte, ein marktwirtschaftliches System mit allen Konsequenzen zu implementieren, denn die Politik der Zentralverwaltungswirtschaft hatte sich sozusagen, ich will es etwas kraß formulieren, ad absurdum geführt. Schönen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Klein. Wir treten jetzt nicht in die Diskussion ein, sondern ich möchte Herrn Professor Schmidt bitten, seinen Vortrag zum selben Thema zu halten.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Präsident des Sächsischen Landtages, sehr geehrte Damen und Herren, die kritische Analyse der DDR-Zentralwirtschaft bedingt die Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus. Ich habe mich bereits gewundert, daß jetzt hier über eine Stunde lang dieser Ahnenherr dieses untergegangenen Kommunismus nicht erwähnt wurde. Die Geschichte kennt viele Diktaturen. Es werden noch einige entstehen und einige untergehen. Die untergegangenen Diktaturen des Ostblockes waren aber letztendlich auf den Fundamenten marxistischer Theorien gegründet. Das ist ein wesentlicher Unterschied. So hatte z. B. Hitlers Drittes Reich einen anderen Umgang mit den Produktionsmitteln als die in jüngster Zeit untergegangenen linken Diktaturen. Das muß man allen Totalitarismusforschern sagen, die Politik und Wirtschaft getrennt betrachten. Als ich 1991, von Naivität getragen, an die größeren Verlage der Bundesrepublik herangegangen bin, ein Buch zu der Marxismusauseinandersetzung zu veröffentlichen, hatte ich keinen Erfolg. Ich gebe hier auszugsweise einen Brief von Herrn Ulrich Frank-Planitz von der Deutschen Verlagsanstalt wieder: „Ich fürchte, daß das Interesse an einem solchen Projekt im Augenblick nicht sonderlich groß ist, auch nicht bei den jungen Leuten. Zudem nehme ich an, daß es bei der politischen Auseinandersetzung mit der DDR-Nostalgie gar